

NIEDERSCHRIFT

5 / 2018

GREMIUM Ausschuss für Bürgerservice und Soziales
SITZUNGSTERMIN Donnerstag, 29.11.2018, 17:03 Uhr bis 19:10 Uhr
SITZUNGSORT Rathaus, Willy-Brandt-Platz 1, 44532 Lünen,
Sitzungssaal 1, 1. Etage

VORSITZ

Vorsitzender Kunibert Kampmann (GFL)

ANWESEND

Christiane Mai (SPD)
Karl-Heinz Brannhoff (SPD)
Peter Korte (SPD)
Martina Meier (SPD)
Lydia Müller (SPD)
Marie-Luise Schwering (SPD)
Barbara Utrata (SPD)
Martin Weiberg (SPD)
Karoline Bremerich (CDU)
Annette Droege-Middel (CDU)
Christiane Krämer (CDU)
Christoph Tölle (CDU)
Karin Syrbe (CDU)
Herbert Hamann (GFL)
Reinhard Zeiger (GFL)
Eckhard Kneisel (Bü90/Die Grünen)
Doris Seemann (Bü90/Die Grünen)
Herbert Tittelbach (FDP)
Karsten Niehues (FDP)
Ralf Schaefer (Piraten/FW)
Sebahat Basuslu

ABWEICHENDE ANWESENHEIT

(bis 18:30 Uhr)

(bis 18:30 Uhr)

(bis 18:10 Uhr)

ENTSCULDIGT ABWESEND

Marcel Schulz (GFL)
Inge Schwarz (SPD)
Benedikt Wüstefeld (Bü90/Die Grünen)
Roswitha Jansen
Erich Schildmann
Semra Sezgin

ANWESEND VON DER VERWALTUNG

Beigeordneter Horst Müller-Baß
Ludger Trepper (Fachdezernent für Jugend und Soziales)
Beate Lötschert (Leitung Wohnen und Soziales)
Dr. Aysun Aydemir (Integrationsbeauftragte)
Sandra Schmied (Referentin des Beigeordneten)
Dr. Eva-Maria Lauckner (Koordination „Lünen bewegt Bildung“)
Thomas-M. Kieszkowski (Jugendhilfe- und Sozialplanung)
David Ackers (Abteilung Wohnen und Soziales)
Katrin Hajsman (stellv. Abteilungsleitung Bürgerbüro)

GÄSTE

Andreas Mildner (GFL)

STELLV. MITGLIEDER

SCHRIFTFÜHRUNG

Herr Vorsitzender Kunibert Kampmann eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bürgerservice und Soziales um 17:03 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Frau Karin Syrbe wird vereidigt.

ÖFFENTLICHER TEIL

I BESCHLUSSANGELEGENHEITEN IN EIGENER ZUSTÄNDIGKEIT

1. AF-119/2018 1. Ergänzung

Anregung/Beschwerde gem. § 24 GO i. S. Planung "Stadtteilbüro in der Geist"

Herr Trepper leitet den Tagesordnungspunkt ein. Er informiert darüber, dass im Stadtteilbüro in der Geist eine Nachfolge für das Projekt „altengerechtes Quartier“ geplant sei. Der Wohlfahrtsverband DRK wird diese vorerst leisten. Dieses Projekt sei bis zum 31.10.2020 angesetzt. Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung vor, den hiesigen Bürgerantrag bis zu diesem Zeitpunkt zurückzustellen. Um eine rechtzeitige politische Beratung gewährleisten zu können, müsse die Beratung des Bürgerantrages, Ende des Jahres 2019 wiederaufgenommen werden.

Herr Kampmann deutet den Antrag so, dass bei den Anwohnern des Quartiers die Sorge bestehe, dass nach Beendigung des Projektes dieses nicht weitergeführt werde.

Herr Trepper sagt zu, dass die Stadt Lünen auch nach dem Übergang zu einem anderen Träger, weiterhin inhaltlich und personell an dem Projekt beteiligt sein werde. Somit solle eine Kontinuität bezüglich der Projektarbeit hergestellt werden.

Frau Mai wünscht, dass die Verwaltung eine Aufstellung der Kosten bezüglich einer Weiterführung der Einrichtung nach Beendigung des Projektes erarbeite. Dann könne man zum Ende des Projektes über die so vorliegenden Zahlen beraten bzw. beschließen können.

Herr Kampmann bringt ein, dass eventuell ein Stadtteilbüro in den Räumlichkeiten des geplanten Schulneubaus in der Geist entstehen könne.

Herr Trepper erläutert, dass bei positivem Beschluss des Antrages, die Verwaltung, ohne weitere Aufforderung, in den Haushaltsplanberatungen für 2020 mit diesen Informationen und Kalkulationen in die Gremien gehen würde.

Frau Mai stellt an dieser Stelle im Namen der SPD-Fraktion folgenden Prüfauftrag an die Verwaltung: Sie beantragt, dass die Verwaltung beauftragt wird, die Kosten für die Weiterführung des „Stadtteilbüros in der Geist“ über das Projektende 2020 hinaus zu ermitteln und dem Ausschuss rechtzeitig vorzulegen, um darüber beschließen zu können.

Herr Kneisel regt an dieser Stelle an, das Angebot des Stadtteilbüros und der „Haltestelle“ in einem zu kombinieren.

Herr Trepper schlägt vor dies nicht so zu beschließen, da die Einrichtung von „Haltestellen“ durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen würde. Die Anregung bewerte er jedoch als positiv und nimmt diese gerne so auf.

Herr Tölle geht auf den Prüfauftrag der SPD- Fraktion ein. Er sagt, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag um eine Anregung bzw. Beschwerde handele. Insofern solle im Protokoll das zukünftige Vorgehen der Stadt in dieser Angelegenheit dargelegt werden. Somit würde die Möglichkeit bestehen, dass eventuell der Petent selbst seinen Antrag zurückziehen könne, wenn er mit dem Vorgehen der Stadt einverstanden sei. Bis 2020 wäre laut Herrn Tölles Meinung genügend Zeit, um einen weitergehenden Antrag zu stellen.

Herr Trepper macht noch einmal darauf aufmerksam, dass die Entscheidung bezüglich der Weiterführung des Stadtteilbüros bereits vor 2020 gefällt werden müsse, um dies in den Haushaltsplanberatungen berücksichtigen zu können.

Frau Mai setzt sich an dieser Stelle noch einmal für den Beschluss des Prüfauftrages ein.

Laut Herrn Kneisel ist durch die Ausführungen der Stadt der Wunsch des Antragstellers gewährleistet. Zusätzlich befürwortet er die Ausführungen von Frau Mai und eine Abstimmung über den vorliegenden Antrag.

Herr Schäfer macht darauf aufmerksam, dass das im Antrag benannte Datum in der Vergangenheit liege. Seiner Meinung nach müsse man den Antrag somit ablehnen. Dennoch solle die Anregung, die an die Verwaltung gegangen sei, beschlossen werden.

Herr Kampmann befürwortet, nicht auf die genannten Daten einzugehen, sondern den Sinn des Antrages zu werten.

Herr Hamann gibt an, dass er den Antragsteller so verstehe, dass diesem wichtig sei, dass trotz der Betreuung des DRK auch weiterhin ein Mitarbeiter der Stadt an dem Stadtteilbüro beteiligt sei. Somit werde durch den Vorschlag der Stadt dem Wunsch des Antragstellers nicht nachgegangen.

Herr Trepper erklärt, dass aus diesem Grund von Seiten der Stadt vorgeschlagen werde, dass zwar nicht in Person eine städtische Bedienstete die Aufgaben übernehme, jedoch sehe er durch die Übernahme des Trägers, die Weiterführung des Projektes gewährleistet.

Laut Herrn Kneisel ist der Antrag zu ungenau formuliert. Er befürwortet ihn zurückzustellen und mit dem Petenten zu klären, wie genau sein Wunsch bezüglich des Stadtteilbüros aussehe.

Herr Tölle befürwortet weiterhin, den Antrag bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, um eine genaue Klärung des Antrags herbeiführen zu können.

Herr Trepper stellt noch einmal klar, dass laut des Antrages gewünscht sei, das Projekt in seiner bisherigen Form, mit dem gleichen Personal, weiterzuführen. Dies sei so aufgrund fehlender Mittel und Beschlüsse nicht umsetzbar.

Frau Mai spricht sich positiv dafür aus, diesen Antrag zurückzustellen. Dennoch möchte sie an dem Auftrag an die Verwaltung festhalten, um das Stadtteilbüro auch über das Projekt hinaus, erhalten zu können.

Herr Kampmann tendiert dazu, den Beschlussvorschlag wörtlich zu nehmen. Demnach würde man sich bereits nach dem genannten Zeitpunkt befinden. Somit wäre der benannte Antrag nicht umsetzbar. Er schlägt vor, diesen Beschlussvorschlag abzulehnen, die

Verwaltung zu bitten, mit dem Petenten Rücksprache zu halten und die Weiterführung des Stadtteilbüros nach Beendigung des Projektes in Betracht zu ziehen. Zusätzlich könne der Antragsteller zu einem späteren Zeitpunkt einen weiteren, genauer gefassten Antrag stellen.

Laut Herrn Niehues könne die FDP-Fraktion durchaus nachvollziehen, was der Petent mit seinem Antrag bewirken möchte. Er appelliert daran, bürgerfreundlich zu entscheiden. Der Antrag solle zurückgestellt werden und dem Petenten die Möglichkeit gegeben werden, diesen zu konkretisieren. Den Auftrag an die Stadtverwaltung befürwortet er ebenfalls.

Frau Mai schließt sich den Aussagen des Herrn Niehues an.

Herr Kampmann lässt den Ausschuss an dieser Stelle abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerservice und Soziales beschließt den Antrag zurückzustellen, um dem Petenten eine Konkretisierung zu ermöglichen.

Der Ausschuss für Bürgerservice und Soziales beauftragt die Verwaltung, die Kosten für die Weiterführung des „Stadtteilbüros in der Geist“ über das Projektende 2020 hinaus zu ermitteln und dem Ausschuss rechtzeitig vorzulegen, um darüber beschließen zu können.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

2. AF-160/2018 1. Ergänzung

Anregung/Beschwerde gem. § 24 GO NRW i. S. barrierefreier Ausbau der Bushaltestelle Bismarckstraße

Herr Müller-Baß leitet den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Kneisel geht darauf ein, dass dieser Punkt sich auf eine Prioritätenliste des Nahverkehrs bezieht. Diese solle im ersten Quartal des kommenden Jahres vorliegen. Er möchte wissen, in welcher Form hier der Behindertenbeirat an der Umsetzung der Maßnahme beteiligt werde.

Herr Bennewitz (Mitglied Behindertenbeirat) geht davon aus, dass der Behindertenbeirat an der Umsetzung beteiligt werde. Die Beratung bezüglich der Prioritätenliste werde im ersten Quartal in 2019 erfolgen. Er erklärt, dass es im Kreis so sei, dass der Fachbereich „Inklusion“ zurzeit den barrierefreien Ausbau der Haltestellen begleite. Dies sei auch in Lünen erwünscht.

Herr Kneisel geht darauf ein, dass die Prioritätenliste im Rahmen des Nahverkehrsplanes erstellt werde. Er möchte sichergestellt wissen, dass der Behindertenbeirat im notwendigen Umfang miteinbezogen werde.

Herr Zeiger erklärt, dass die GFL-Fraktion am 08.04.2015 bereits einen Antrag gestellt habe, die Bushaltestelle Bismarckstraße auszubauen. Am 17.02.2016 hätte die Stadt eine Mitteilung veröffentlicht, dass neben der Haltestelle Bismarckstraße auch zahlreiche weitere Haltestellen nicht barrierefrei seien. Hier wären Baumaßnahmen in erheblichem Umfang notwendig. Ziel sei es, die Haltestellen vollständig barrierefrei bis 2022 zu gestalten.

Nach § 8 Abs. 3 Personenbeförderungsgesetz sollte ein Konzept erstellt werden. Zusätzlich wurde die Gründung eines Runden Tisches zwischen dem Kreis Unna und weiteren Beteiligten beschlossen. Er schlägt vor, diesen um einen aktuellen Sachstandsbericht zu bitten.

Herr Trepper erläutert, dass der hiesige Ausschuss an den Beratungen beteiligt sei, da der Behindertenbeirat ein Teil dieses Ausschusses sei. Die fachliche Debatte müsse jedoch im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt geführt werden. Er schlägt vor, einen Antrag zu stellen, dass eine qualifizierte und strukturierte Beteiligung des Behindertenbeirates bei dem barrierefreien Ausbau der Haltestelle Bismarckstraße sichergestellt werde.

Herr Kneisel beantragt, die Verwaltung zu beauftragen, eine angemessene Beteiligung des Behindertenbeirates bei der Erstellung der Prioritätenliste, im Rahmen des Nahverkehrsplanes sicherzustellen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Frau Mai ergänzt, dass die benannte Maßnahme mit oberster Priorität behandelt werden möge.

Herr Trepper sichert eine zeitnahe Behandlung dieser Maßnahme zu.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerservice und Soziales empfiehlt dem Rat der Stadt Lünen, den barrierefreien Ausbau der Bushaltestelle Bismarckstraße zu beschließen.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine angemessene Beteiligung des Behindertenbeirates bei der Erstellung der Prioritätenliste, im Rahmen des Nahverkehrsplanes sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

3. VL-164/2018

Zuwendungen an die örtlichen Wohlfahrtsverbände und freien Träger für die Betreuung von Geflüchteten und Hauswarttätigkeiten in den Flüchtlingsunterkünften

Frau Lötschert und Herr Trepper erläutern die vorliegende Vorlage.

Herr Tölle begrüßt den Vorschlag der Verwaltung. Er geht dennoch auf die vorliegenden Richtlinien ein. Dort sei von der Förderung der örtlichen Wohlfahrtsverbände, sowie der örtlichen Verbände die Rede. Ihm sei es wichtig hier die Ergänzung „freie Träger“ hinzuzufügen, um diese von diesem Beschluss nicht auszuschließen.

Herr Trepper sagt zu, diese Ergänzung in die Richtlinie mit aufzunehmen.

Frau Mai begrüßt die Vorlage.

Herr Kneisel möchte wissen, ob diese Richtlinien mit den Verbänden abgestimmt seien, um eine Betreuung sicherstellen zu können.

Laut Herrn Trepper sei diese Abstimmung erfolgt.

Herr Hamann möchte wissen, ob die finanziellen Auswirkungen durch die Neuberechnung Fixkosten darstellen würden.

Laut Herrn Trepper sei dies der Fall.

Empfehlung:

1. Der Ausschuss für Bürgerservice und Soziales empfiehlt dem Rat der Stadt Lünen, die Einstellung der finanziellen Mittel in oben genannter Höhe in den Haushalt 2019 ff. zu beschließen.
2. Der Ausschuss für Bürgerservice und Soziales empfiehlt, die Verwaltung zu beauftragen, die örtlichen Wohlfahrtsverbände und Träger in ihrer Arbeit nach Maßgabe der beiliegenden Förderrichtlinie durch Zuwendungen zu unterstützen.
3. Der Ausschuss für Bürgerservice und Soziales empfiehlt dem Rat der Stadt Lünen, die beigefügte Förderrichtlinie zu beschließen, mit der Ergänzung, die freien Träger in die Richtlinien mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

II BESCHLUSSEMPFEHLUNGEN FÜR DEN RAT

Keine.

III MITTEILUNGEN DER VERWALTUNG

1. MI-183/2018

Vorstellung der Ergebnisse des ersten Teils der BürgerInnenbefragung zum Bau der Flüchtlingsunterkunft in Horstmar

Herr Müller-Baß leitet den Tagesordnungspunkt ein.

Frau Dr. Lauckner und Herr Kieszkowski erläutern die Mitteilung.

Herr Bennewitz möchte wissen, ob bei der Befragung auch Menschen mit Behinderung berücksichtigt worden seien.

Laut Herrn Kieszkowski könne man das nicht genau sagen, da die Befragung nach dem Zufallsprinzip stattgefunden habe.

Herr Trepper ergänzt, dass hier nicht identifiziert werden könne, welcher Teilnehmer der Befragung eine Behinderung hätte. Dies sei aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht umsetzbar. Jedoch sei es bei einer so großen Anzahl an Befragten sehr wahrscheinlich, dass hier auch Personen mit Behinderung mitinbegriffen seien.

Herr Kneisel gibt an, dass er die Ergebnisse der Befragung teilweise sehr überraschend fände. Er möchte wissen, ob die dargestellte Situation in Horstmar eine besondere sei und ob eine solche Befragung in anderen Stadtteilen möglich wäre.

Herr Kieszkowski erklärt, dass man die Ergebnisse der Befragung schlecht mit anderen Stadtteilen vergleichen könne, da hier bewusst auf die Situation in Horstmar eingegangen wurde.

Herr Trepper erklärt, dass diese Art von Befragung nur schwer auf mehrere Stadtteile angewandt werden kann, da sie sehr zeitaufwendig sei. Jedoch nimmt er diesen Hinweis gerne mit auf. Den frühzeitigen Dialog mit den Bürgern erachtet er jedoch als sehr wichtig.

Frau Mai betont, dass auch sie die frühzeitige Beteiligung der Bürger sehr wichtig sei. Als erschreckend beachte sie, dass die Befragung ergeben habe, dass es in Horstmar viele Sorgen bzw. Ängste bezüglich einer neuen Flüchtlingsunterkunft gebe. Sie appelliert daran mehr Kontaktmöglichkeiten zwischen den Einwohnern Horstmars und den Flüchtlingen zu schaffen.

Frau Schwering hat eine Frage zur Zufriedenheit der Bürger mit dem Stadtteil. Sie möchte wissen, wie die Interpretation dazu erfolgt, dass die Bürger sehr zufrieden mit ihrem Stadtteil sind.

Herr Kieszkowski erläutert, dass an dieser Stelle eine offene Frage an den Bürger gerichtet wurde. Demnach war die Antwortmöglichkeit sehr umfangreich. Dies ließe sich anhand einer PowerPoint-Präsentation schwierig abbilden. Die Mehrheit der gegebenen Antworten war im Wortlaut jedoch positiv.

2. MI-194/2018

SPD Antrag "Einrichtung von Halte-Stellen" - Angebot für "Bürgerbüros vor Ort"

Frau Hajsman erläutert die vorliegende Mitteilung.

3. MI-208/2018

Neufassung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe im Kreis Unna (Delegationssatzung)

Frau Lötschert erläutert die vorliegende Mitteilung.

4. MI-222/2018

Sachstandsbericht der Integrationsbeauftragten

Frau Dr. Aydemir trägt den aktuellen Sachstandsbericht zur Integrationsarbeit in Lünen vor.

Frau Mai geht auf den Ratsbeschluss bezüglich des Integrationskonzeptes ein. Sie hätte sich an dieser Stelle mehr Erläuterungen zu messbaren Erfolgen gewünscht.

Frau Dr. Aydemir erklärt hier, dass zum Beispiel durch die Schulverwaltung Zahlen vorliegen, die belegen, dass die Menge der Schüler mit Migrationshintergrund, die ein Gymnasium besuchen zugenommen habe. Somit würde hier ein messbarer Faktor vorliegen.

Bei den Angestellten der Stadt Lünen sei es schwierig den Anteil der Personen mit Migrationshintergrund zu erheben, da diese Angabe nicht verpflichtend sei.

Herr Trepper empfiehlt Integration nicht messen zu wollen. Seiner Meinung nach sei dies nicht möglich. Hier sei es wichtig die Veränderungen in der Stadt zu beobachten.

Herr Kneisel möchte von Frau Dr. Aydemir wissen, an welchem Punkt die Stadt mehr Ressourcen zur besseren Integration benötige.

Laut Frau Dr. Aydemir sei dies im Bereich des Rucksackprojekts notwendig. Ihrer Meinung nach sei dieses Projekt sehr gut für eine Integration der Menschen mit Migrationshintergrund geeignet. Aus diesem Grund würde sie dieses Projekt gerne auf weitere Kitas ausweiten.

Herr Müller-Baß weist darauf hin, dass Verwaltungintern Budget-Gespräche stattfinden und so auch ein Gespräch mit Frau Dr. Aydemir geführt wurde. Somit würden notwendige Beträge in den kommenden Haushaltsentwurf eingestellt und im Ausschuss beraten werden.

Frau Mai geht an dieser Stelle noch einmal darauf ein, dass Sie bei diesem Sachstandsbericht mehr Auskünfte über erreichte Ziele im Rahmen des Integrationskonzeptes bekommen hätte.

5 BILDUNG EINER ZWAR-GRUPPE IN LÜNEN-BRAMBAUER

Herr Müller-Baß informiert darüber, dass am 13. November im Bürgerhaus Brambauer eine Informationsveranstaltung stattgefunden hat. Hier ging es um Menschen im Alter zwischen 55 und 70 Jahren, um in diesem Stadtteil eine neue ZWAR-Gruppe (ZWAR = zwischen Alter und Ruhestand) zu gründen. Die Veranstaltung habe einen großen Zulauf gehabt.

Inzwischen sei in Brambauer eine neue ZWAR-Gruppe gegründet worden.

Dieser Prozess werde von der Zentralstelle der ZWAR in NRW begleitet. Diese ZWAR-Stelle habe Schwierigkeiten vom Land weiterhin finanziert zu werden. Aus diesem Grund würde erst vorerst nur noch für das Jahr 2019 eine Unterstützung der ZWAR in Lünen geben. Darüber hinaus müsse überlegt werden, wie dieses Projekt weitergeführt werden könne.

6 ERLÄUTERUNGEN ZUM TEILHABE- UND CHANCENGESETZ

Herr Müller-Baß informiert über das Teilhabe- und Chancengesetz. Dieses beinhaltet das Programm der sozialen Teilhabe. Die weitere Teilnahme an diesem Projekt wurde durch die Politik bereits beschlossen.

Ziel sei es, dass die Regie-Träger Umweltwerkstatt und Arbeitslosen-Initiative weiterhin bedient werden können. Er informiert darüber, dass hier leider die Zuschüsse des Kreises gekürzt wurden. Geplant sei, alle bisher am Programm Beteiligten weiterhin zu übernehmen. Bezüglich der Förderung des 5-Jährigen Projektes gäbe es einen 88 %-igen Förderanteil und einen 12 %-igen Eigenanteil. Angedacht sei es zudem überwiegend Vollzeitstellen anzubieten.

Dieses wird im kommenden Verwaltungsvorstand weitergehend thematisiert, sodass der nächsten Ratssitzung (mittels nachversendeter Vorlage) über die Weiterführung des Programms beschieden werden könne.

IV ANTRÄGE UND ANFRAGEN

Keine.

NICHTÖFFENTLICHER TEIL

V BESCHLUSSANGELEGENHEITEN IN EIGENER ZUSTÄNDIGKEIT

Keine.

VI BESCHLUSSEMPFEHLUNGEN FÜR DEN RAT

Keine.

VII MITTEILUNGEN DER VERWALTUNG

Keine.

VIII ANTRÄGE UND ANFRAGEN

Keine.

IX MÜNDLICHE ANFRAGEN

Keine.

Lünen, den 03.12.2018

Kunibert Kampmann
Vorsitzender

Jasmin Neumann
Schriftführerin



Einwohner*innenbefragung in Horstmar

Ergebnisse der 1. Befragungswelle

29.11.2018 - Ausschuss für Bürgerservice und Soziales



Chronologie

 Ratsbeschluss Unterbringungskonzept / Neue Standorte - 26.02.2014

■
Bürgerbeteiligung Auswahl Indikatoren - 13.08.2015

■
Bürgerbeteiligung Auswahl Standorte - 28.04.2016

 Ratsbeschluss Standorte neue Unterkünfte - 06.10.2016



Chronologie



Infoveranstaltung Horstmar - 14.02.2018



Abriss / Baubeginn Unterkunft Horstmar - 03/2018



BürgerInnenbefragung 1. Welle Horstmar - 30.06.2018



Auswertungsphase 08-09/2018



Chronologie



Vorstellung der Ergebnisse 1. Welle - 29.11.2018



Fertigstellung Unterkunft / Einzug der BewohnerInnen - Frühjahr 2019



BürgerInnenbefragung 2. Welle Horstmar - Frühjahr 2020



Vorstellung der Gesamtergebnisse - Ende 2020



Ziele der Untersuchung

Hauptziele

- Einstellung der Bevölkerung gegenüber Unterkunft bzw. Flüchtlingen
- Wie wirken sich Kontakte zu Migrant*innen / Flüchtlingen auf Einstellung aus?
- Welche Befürchtungen treten bei Anwohner*innen auf, wenn Flüchtlinge in die Nachbarschaft ziehen? (Vorher – Nachher – Vergleich beider Befragungen)

Nebenziele

- Informationsveranstaltung
- Transparenz des Auswahl- und Bauprozesses
- Ehrenamtliches Engagement

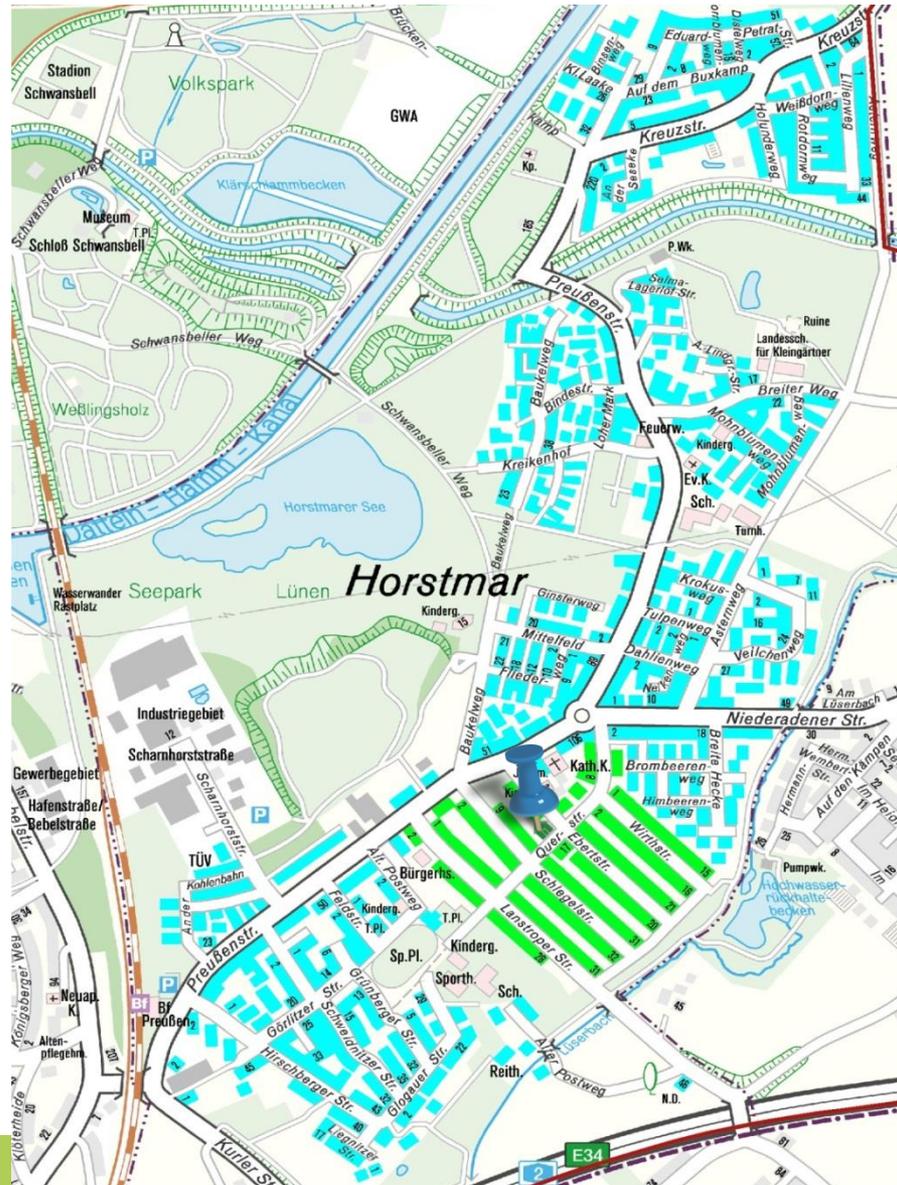


Methodisches Vorgehen

- **Zwei Befragungswellen**
 - Vor Fertigstellung Unterkunft (Juni 2018)
 - ca. 1 Jahr nach Einzug der Bewohner*innen (2020)
- **Schriftliche Befragung per Post**
 - Anonyme & kostenlose Rücksendung oder Abgabe bei zwei Rücknahmestellen im Stadtteil
 - 2000 (ca. 900 direkter Umkreis Unterkunft / ca. 1100 Zufallsauswahl restliches Horstmar)
 - Rücklauf: 646 Bögen (32,6 %)
- **Expert*inneninterviews** mit wichtigen Akteuren / Institutionen im Stadtteil



Untersuchungsgebiet



Experteninterviews

- 3 von 5 geplanten Interviews durchgeführt
- Sehr homogene Berufsgruppen
- Expert*innen wohnen nicht im Stadtteil
- Sehen die Stimmung im Stadtteil positiver als Befragte

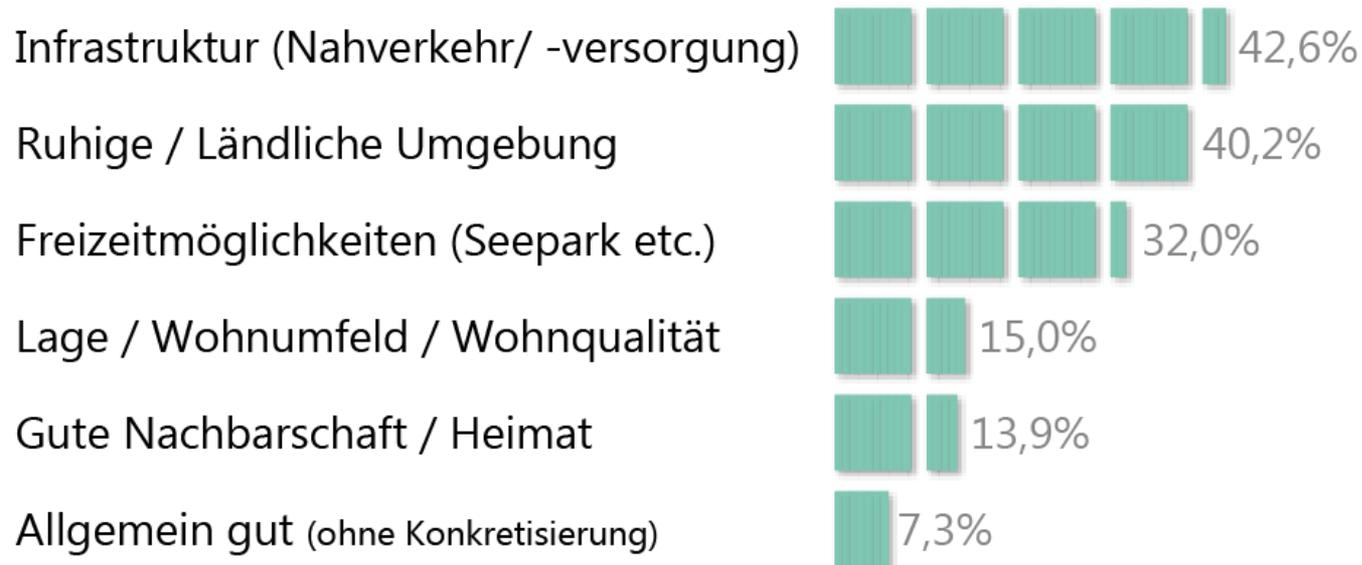
Erkenntnisse

- Keine Befürchtungen, dass Integration in ihren Institutionen nicht gelänge
- Aufrechterhaltung des Gespräches – Mitnehmen der Bevölkerung / Toleranz / Vorbeugen „Gerüchteküche“
- Etablierung neuer Projekte um auf Zielgruppen zu reagieren



Leben im Stadtteil

■ Was gefällt Ihnen an Horstmar?*



*Weitere Antworten werden in Sonstiges zusammengefasst. 16,4% der Befragten haben zu dieser Frage keine Angaben gemacht. Mehrfachantworten möglich.

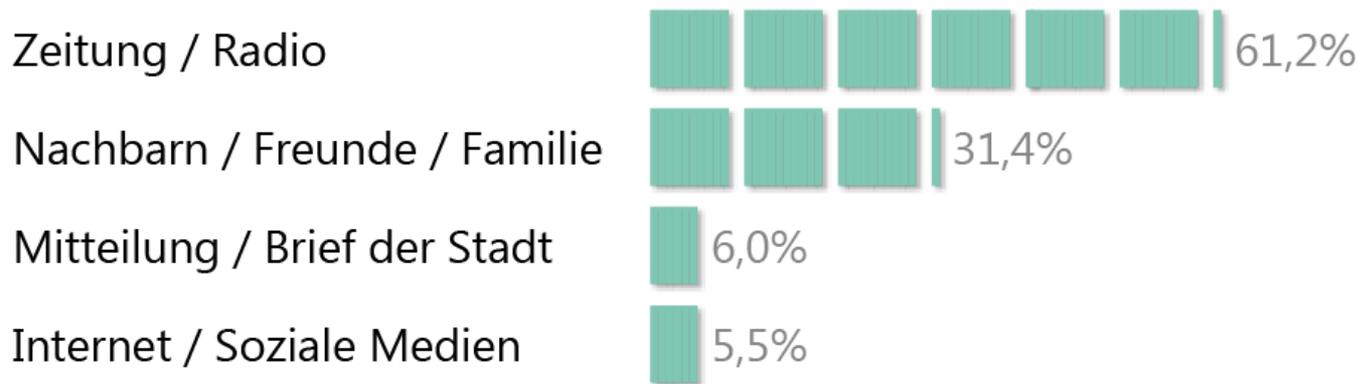


Information / Einstellung zum Bau der Unterkunft

Haben Sie vom Bau der Flüchtlingsunterkunft gehört?



Wodurch haben Sie vom Bau gehört?*

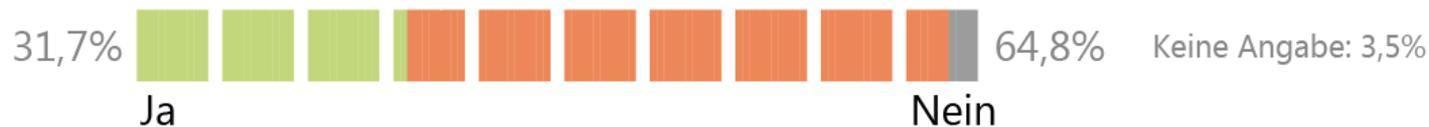


*Sonstiges: 1,2% / Keine Angabe: 5,3%
Mehrfachantworten möglich

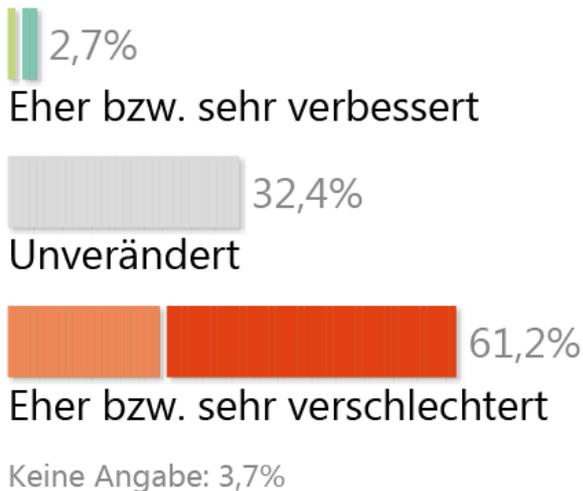


Information / Einstellung zum Bau der Unterkunft

■ Fühlen Sie sich ausreichend und rechtzeitig über den Bau der Flüchtlingsunterkunft informiert?

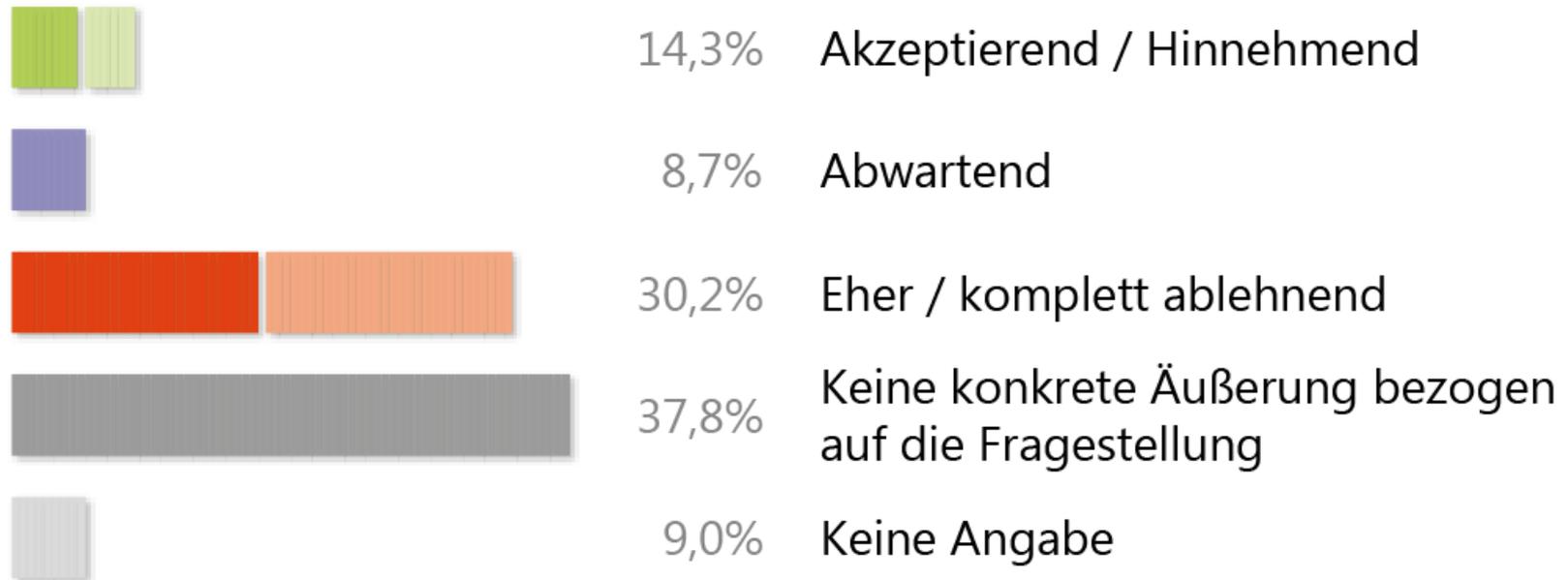


■ Wie hat sich Ihre Meinung zum Bau der Flüchtlingsunterkunft durch die Info-Veranstaltung verändert?



Information / Einstellung zum Bau der Unterkunft

■ Wie ist Ihre persönliche Meinung zum Bau der Flüchtlingsunterkunft? (offene Frage)



Information / Einstellung zum Bau der Unterkunft

■ Wie ist Ihre persönliche Meinung zum Bau der Flüchtlingsunterkunft? (offene Frage)

Meistgenannte Kritikpunkte

- Kritik am Vorgehen seitens der Stadt (Abriss des Gebäudes, Baumfällung, keine Bürgerbeteiligung, Ungleichbehandlung bezogen auf Baubestimmungen)
- Vorhandener nicht genutzter Gebäudeleerstand
- Verlust von Sicherheit im Quartier
- Lage schlecht gewählt: Nähe von Kita / Schule
- Kritik an Prioritätensetzung der Stadt (Unterkunft vs. Kita / bezahlbare Wohnungen)



Kontext Horstmarer See

Ergebnisse der Befragung werden durch den Kontext Horstmarer See „gefärbt“

- Ängste bezüglich Kriminalität / Sicherheit (vor allem nachts)
 - Mengenverhältnisse im Sommer („subjektives Gefühl der Minorität“)
 - Lärmbelästigung
 - Müllproblematik
 - Störung der Privatsphäre der AnwohnerInnen
- Befürchtung, dass sich diese Aspekte durch Bau der Unterkunft weiter verstärken (Einbüßen von Lebensqualität)

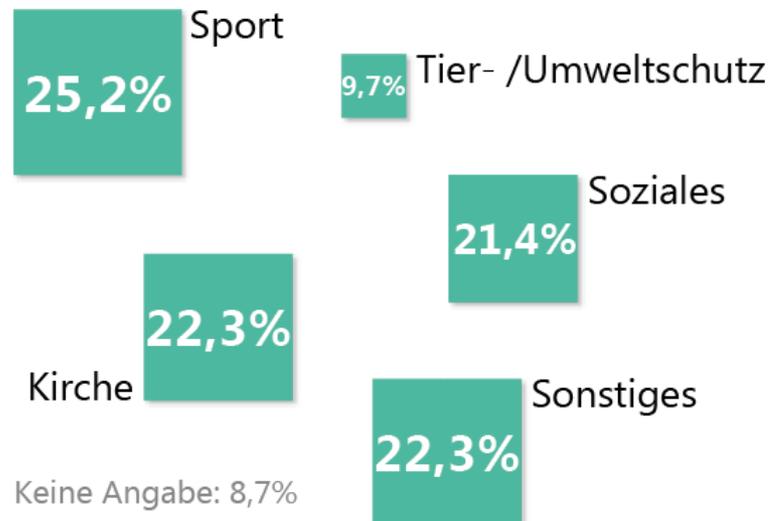


Ehrenamtliches Engagement

■ Sind Sie ehrenamtlich aktiv?

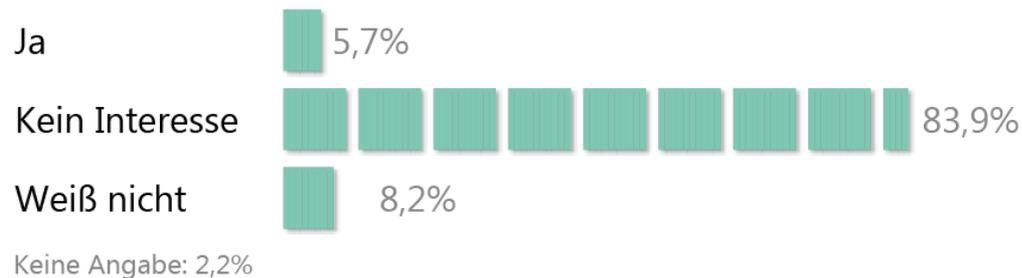


■ In welchem Bereich des Ehrenamtes sind Sie tätig?



Ehrenamtliches Engagement

■ Haben Sie Interesse sich ehrenamtlich für Flüchtlinge zu engagieren?



■ In welchem Bereich würden Sie sich engagieren wollen?

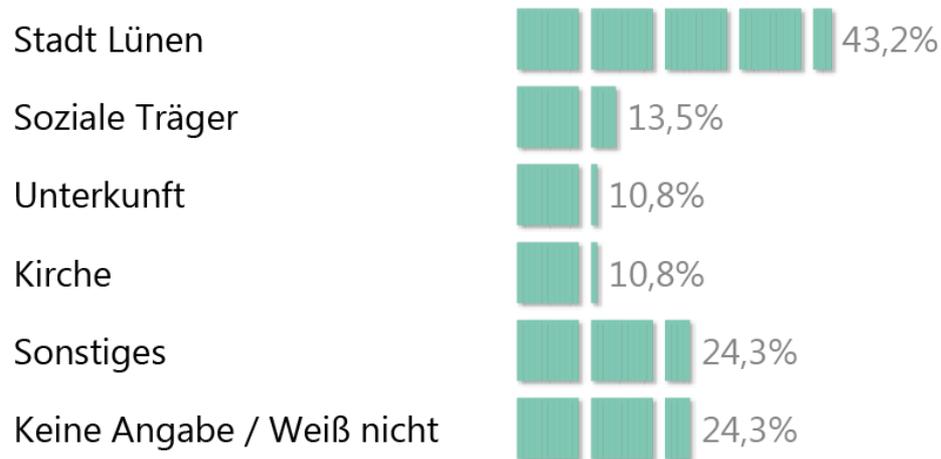


Mehrfachantworten möglich



Ehrenamtliches Engagement

■ An wen würden Sie sich wenden, wenn Sie sich engagieren wollen?

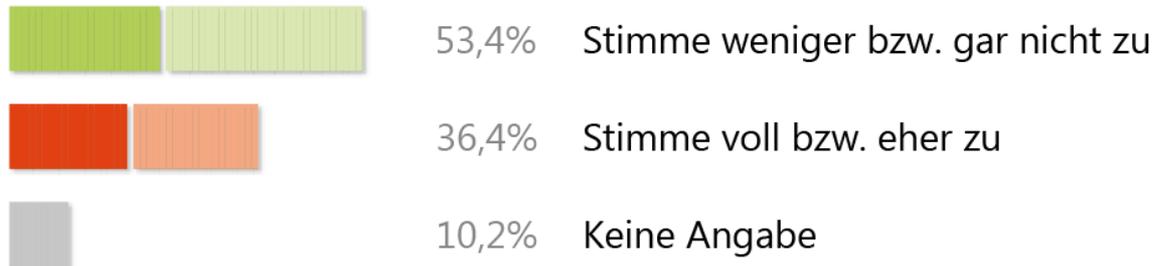


Mehrfachantworten möglich

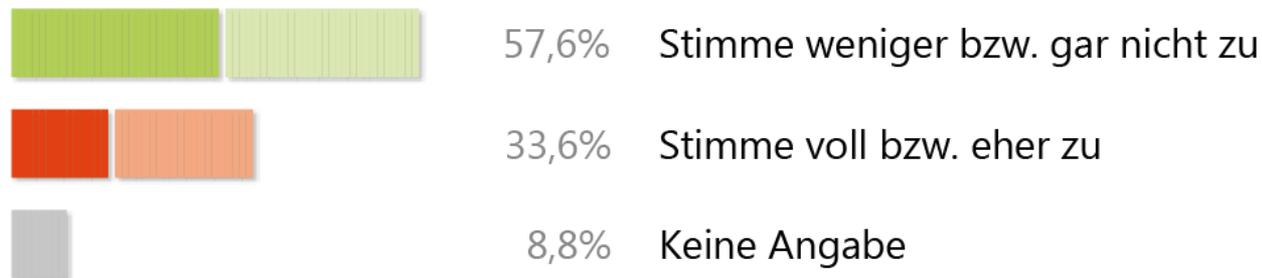


Integration & Zusammenleben

■ Die Vielfalt durch unterschiedliche Kulturen in Horstmar empfinde ich als negativ

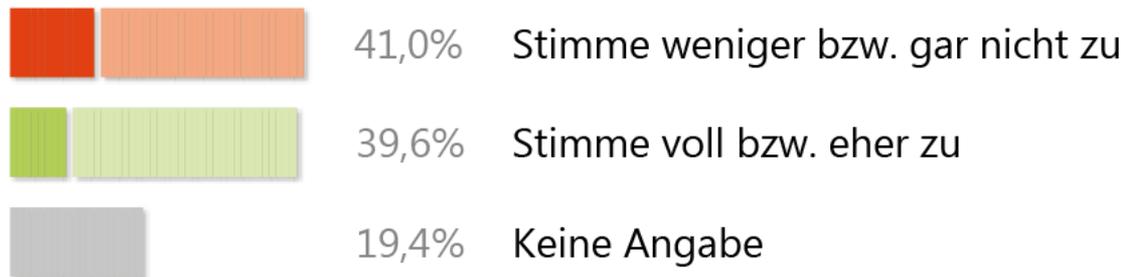


■ Ich fühle mich in Horstmar in meiner gewohnten Lebensweise durch andere Kulturen eingeschränkt



Integration & Zusammenleben

■ Die in Horstmar lebenden ausländischen Mitbürger*innen sind gut integriert

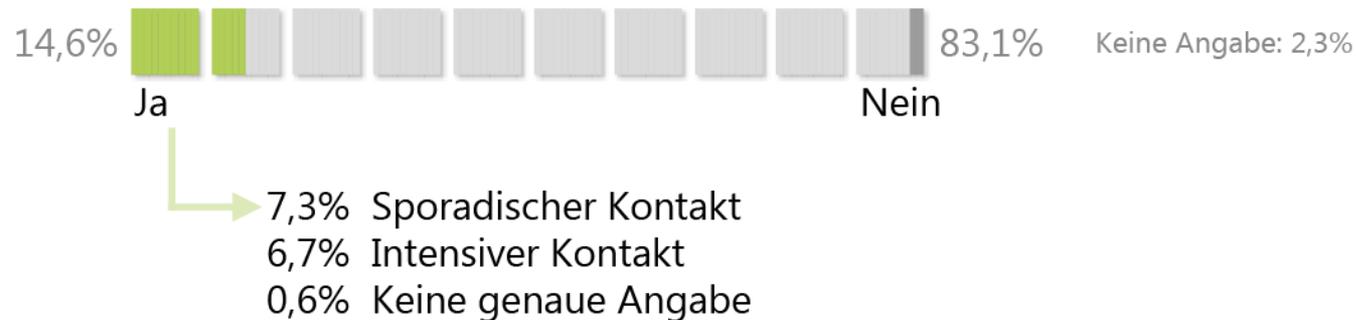


Integration & Zusammenleben

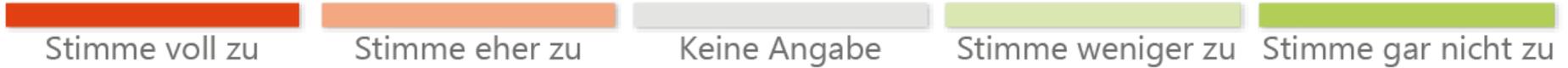
■ Sind in Ihrem Freundeskreis Migrant*innen?



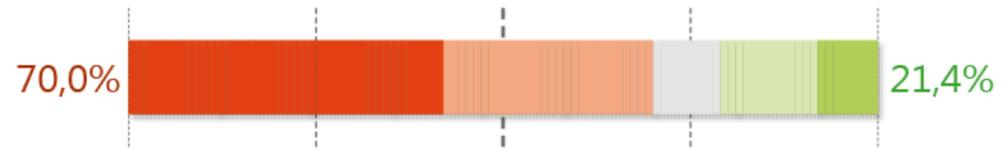
■ Haben Sie persönlichen Kontakt zu Flüchtlingen?



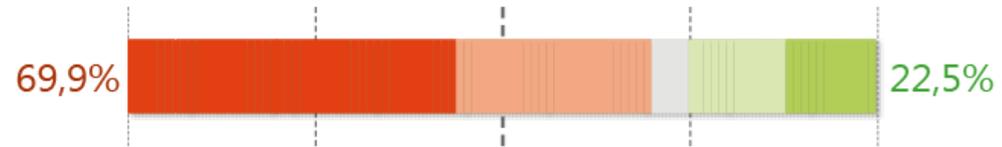
Befürchtungen



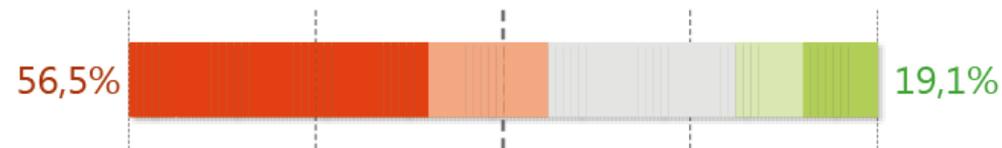
■ Ich befürchte, dass die Zahl der Straftaten in Horstmar zunimmt



■ Ich befürchte, dass ich nachts draußen ängstlich werde



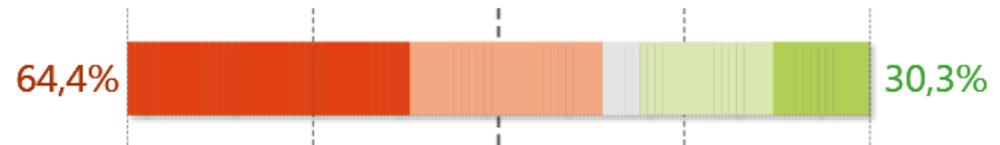
■ Ich befürchte, dass ich Angst um mein Kind haben muss, wenn es sich draußen aufhält



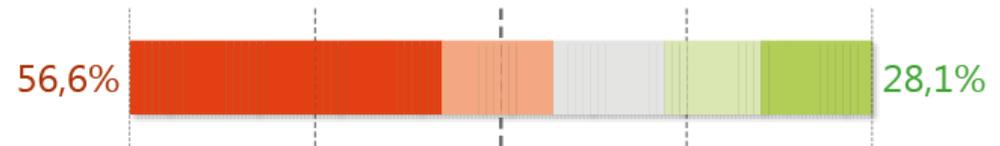
Befürchtungen



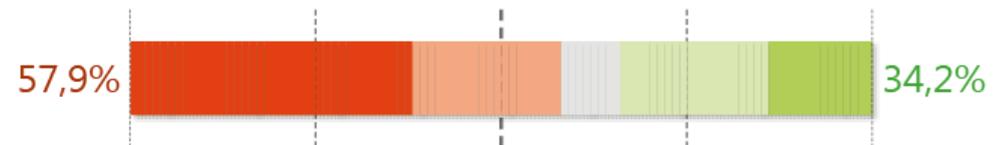
■ Ich befürchte, dass die Überfremdung in Horstmar zunimmt



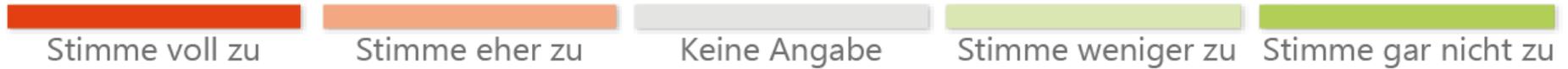
■ Ich befürchte, dass der Wert meiner Wohnung / meines Hauses sinkt



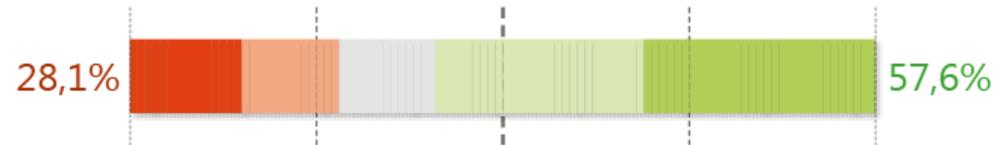
■ Ich befürchte, dass die Lärmbelastung in meiner Umgebung zunimmt



Befürchtungen



■ Ich befürchte, dass die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zunimmt



Einflussfaktoren

- **Geschlecht** – Männer negativer eingestellt als Frauen
- **Wohnnähe** – Befragte, die im Umkreis wohnen negativer eingestellt
- **Kontakt** – Je intensiver Kontakt bzw. Erfahrungen mit Flüchtlingen, desto geringer sind Befürchtungen



Schlussfolgerungen

- Hohe **Mitteilungsbereitschaft** / Hoher Rücklauf
- Vergangene **Entwicklung des Stadtteils** wird positiv gesehen
- **Integration**
 - Mehrheit akzeptiert die „Vielfalt von Kulturen“ in Horstmar
 - Geteilte Meinung, ob Integration gelungen sei
 - Integration wird häufig als „Assimilation“ verstanden
- Mehrheit befürchtet negative Entwicklung bezogen auf eigene Lebensqualität und Situation in Horstmar



Schlussfolgerungen

- Horstmarer See ist **Bezugsrahmen** für Befragung
 - Negative Erfahrungen der Situation am Horstmarer See werden auf Flüchtlinge /Bau der Unterkunft projiziert
- **Beteiligungsverfahren & Transparenz**
 - Befragte fühlen sich nicht mitgenommen bzw. nicht ausreichend und rechtzeitig informiert
 - Beteiligungs- & Informationsprozesse überdenken – neue Wege und Methoden ausprobieren
 - Wie können wir die Bevölkerung besser erreichen?
- **Ehrenamt**
 - Vereinzelt Bereitschaft sich ehrenamtlich für Flüchtlinge zu engagieren
 - Wenig Wissen über konkrete Ansprechpartner



Vielen Dank

für Ihre Aufmerksamkeit!

Bei Rückfragen zur Befragung wenden Sie sich bitte an:

Stadt Lünen

Bildungscoordination

Dr. Eva-Maria Lauckner

eva.lauckner.20@lunen.de

Jugendhilfe-/Sozialplanung

Thomas-M. Kieszowski

thomas-m.kieszowski.20@lunen.de

